



Amtsgericht Gelsenkirchen

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

Mittwoch, 14.10.2026, 13:00 Uhr,

2. Etage, Sitzungssaal 202, Bochumer Straße 79, 45886 Gelsenkirchen

folgender Grundbesitz:

Teileigentumsgrundbuch von Rotthausen, Blatt 3176,

BV lfd. Nr. 1

23/1.000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück

Gemarkung Rotthausen, Flur 20, Flurstück 25, Gebäude- und Freifläche,

Saarbrücker Str. 6, 8, Größe: 528 m²

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Garage 1 gekennzeichneten Garage.

versteigert werden.

Laut Wertgutachten handelt es sich bei dem Teileigentumsrecht um eine PKW-Reihengarage (Nr. 1 des Aufteilungsplans - Teil der Wohnungseigentümergeinschaft Saarbrücker Str. 6, 8 - insgesamt 10 WE und 4 TE), Fertig-Betonbauweise, beengte Zufahrt (Hofdurchfahrt), Ursprungsbaujahr PKW-Reihengaragenanlage 1978/fiktives Baujahr 1980.

Die Einsichtnahme des Gutachtens nebst Anlagen wird angeraten.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 15.04.2025 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

4.800,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.